



Metis

Studie

Zukunft globaler demokratischer Allianzen

Nr. 46 | Dezember 2025

Metis Studien geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor*innen gerichtet werden.

Institut für
Strategie & Vorausschau

Zusammenfassung

Demokratien befinden sich global im Hintertreffen. Sie verlieren an politischem Einfluss, hinken wirtschaftlich hinterher und werden von antithetischen Systemen bedroht. Selbst etablierte Demokratien verzeichnen endogene Erosion, erleben eine Politisierung der Justiz, Machtkonzentration in

Exekutiven und zunehmende gesellschaftliche Polarisierung. Unter diesen Bedingungen bleiben Demokratien nur dann überlebensfähig, wenn sie nach innen institutionell resilienter werden und nach außen durch stabile und globale demokratische Allianzen ihre politische, wirtschaftliche und strategische Handlungsfähigkeit erhalten.

Eine Vorausschau auf 2035

Die vorliegende Studie widmet sich der Frage, unter welchen Bedingungen sich eine globale demokratische Allianz zukünftig entwickeln kann. Zu diesem Zweck werden Szenarien für den Zeitraum bis 2035 entwickelt. Als Analyseebene wird die Systemebene gewählt. Zentrales Erkenntnisinteresse stellt die Identifikation plausibler Zukunftsräume dar.

Nach einer einleitenden historischen Einschätzung werden mit Hilfe des explorativ-narrativen *Intuitive-Logic*-Szenarioansatzes unterschiedliche hypothetische Szenarien mit alternativen Zukunftsräumen aufgezeigt. Der Szenarioprozess besteht aus sechs Schritten. Zunächst werden Entscheidungsfrage, Zeithorizont und Analyseebene festgelegt sowie relevante Problemfelder identifiziert. Darauf aufbauend werden Faktoren aus den Problemfeldern abgeleitet. Diese Faktoren werden anschließend nach ihrem Einfluss auf das Erkenntnisinteresse und nach dem Grad der Unsicherheit ihrer zukünftigen Entwicklung auf einer Skala von 1 bis 10 bewertet (vgl. Tabelle 1). Faktoren mit hoher Relevanz und hoher Unsicherheit gelten als Schlüsselfaktoren und werden mit plausiblen Zukunftsausprägungen versehen (vgl. Tabelle 2), während Faktoren mit hoher Relevanz, aber geringer Unsicherheit zusätzliche Handlungsrahmen eröffnen. Obsolete und sekundäre Faktoren werden ausgeschlossen. Im Anschluss werden aus den Kombinationen der Schlüsselfaktoren konsistente Szenarien gebildet und inkonsistente Zukünfte verworfen (vgl. Tabelle 3). Ausgewählte Szenarien werden narrativ beschrieben (vgl. Tabelle 4).

Der letzte Schritt umfasst die Interpretation der Szenarien und die Ausarbeitung von Handlungsoptionen.

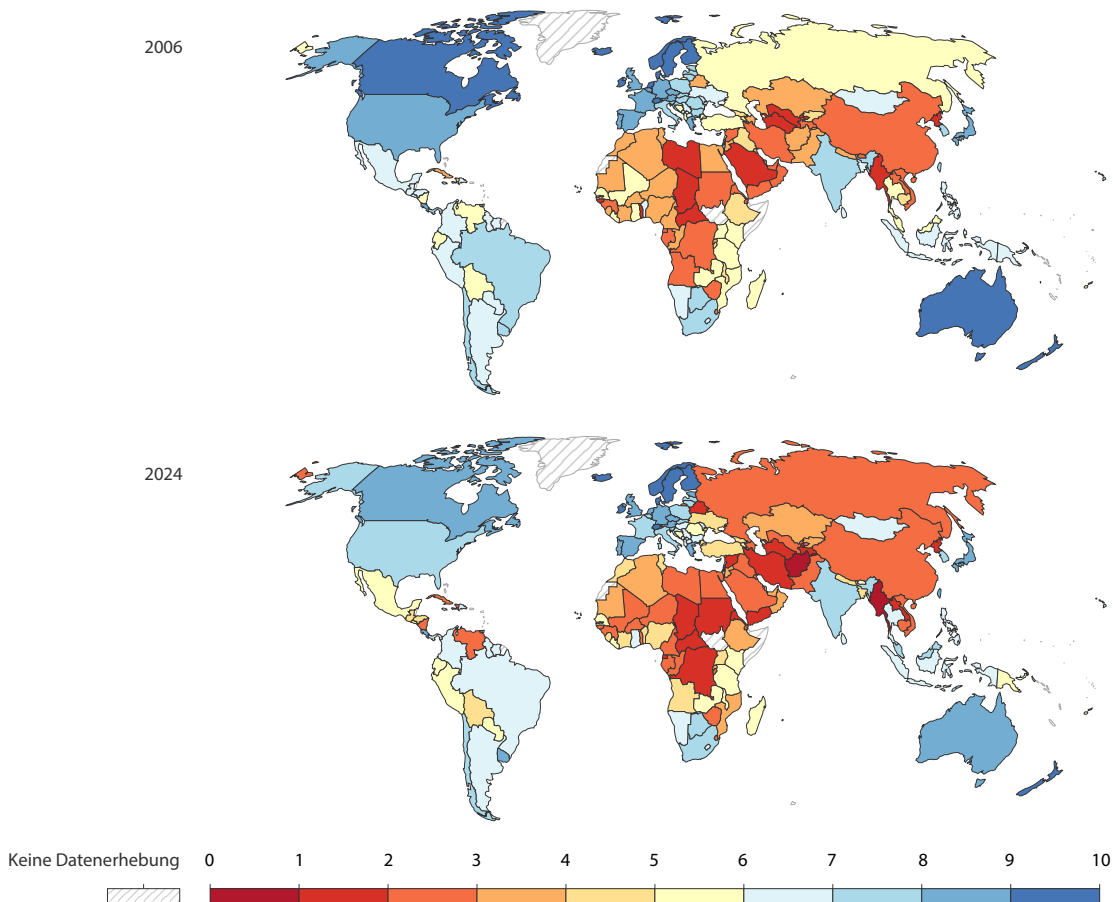
Eine kleine Geschichte globaler Demokratisierung

Die globale Demokratisierung kann als langfristige Transformation verstanden werden, bei der schrittweise autoritäre durch demokratische Systeme mit politischer Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung ersetzt werden. Demokratisierung bezieht sich also nicht auf einen Endzustand, sondern einen Prozess. In der Neuzeit etablierten erstmals die Amerikanische und die Französische Revolution republikanische Ordnungen mit repräsentativen Institutionen. Die weltweite Ausbreitung demokratischer Systeme lässt sich mit Hilfe von Huntingtons Demokratisierungswellen erklären. Die erste Welle (1776 bis 1935) war eng mit Industrialisierung und parlamentarischer Institutionenbildung verbunden, brach jedoch durch Faschismus weitgehend in sich zusammen. Die zweite Welle (nach 1945) entstand unter dem Einfluss der Niederlage totalitärer Regime, blieb jedoch aufgrund der systemischen Rivalität zwischen Ost und West geographisch begrenzt. Erst die dritte Welle (ab 1970) entfaltete globale Dynamik. Südeuropa, Lateinamerika, Teile Ostasiens und nach 1989 auch Mittel- und Osteuropa sowie Teile Afrikas durchliefen tiefgreifende politische Transformationen. Entscheidend waren nicht nur interner Reformdruck, sondern auch externe Anreize wie wirtschaftliche Öffnung, internationale Anerkennung und institutionelle Einbindung.

Eine zentrale Rolle spielten dabei internationale Organisationen und Allianzen demokratischer Staaten. Institutionen wie die Vereinten Nationen schufen normative Referenzpunkte, etwa durch Wahlbeobachtung, Menschenrechtsregime und Konditionalität. Die NATO als erfolgreiches Beispiel sicherheitspolitischer Kooperation demokratischer Staaten zeigte sich trotz interner Interessenkonflikte, Machtasymmetrien und politischer Kurswechsel einzelner Mitglieder als Garant für kollektive Verteidigung und politische Stabilität innerhalb des demokratischen Lagers. Eine NATO-Mitgliedschaft ebnete durch institutionelle Verknüpfung in den meisten Fällen auch die Integration von Staaten in die Europäische Gemeinschaft und später Union. Im Unterschied zu internationalen Bündnissen bot die EU einen verdichteten supranationalen Integrationsrahmen, in dem partizipative Mindeststandards, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung zu formalen Beitrittsvoraussetzungen wurden. Der Beitrittsperspektive kam dabei eine zentrale Steuerungsfunktion zu, da demokratische Reformen nicht nur normativ eingefordert, sondern durch konkreten politischen und ökonomischen Nutzen inzentiviert wurden.

Das europäische Modell diente in Asien, Lateinamerika und Afrika als Vorbild, konnte aber aufgrund fehlender supranationaler Durchsetzungsmechanismen, geringerer institutioneller Homogenität und der begrenzten Bereitschaft zur Abgabe nationaler Souveränität nicht in vergleichbarer Tiefe repliziert werden.

Seit den 2000er Jahren ist eine Stagnation zu beobachten. Demokratische Rückschritte, die Zunahme hybrider Regime, die Ineffektivität inter- und supranationaler Organisationen und autoritäre Lernprozesse relativieren frühere Fortschrittserzählungen. Man spricht zunehmend von *democratic backsliding* (Abb. 1). Als Prozess erweist sich Demokratisierung daher als reversibel. Die Geschichte globaler Demokratisierung verweist also weder auf einen Siegeszug noch ein Scheitern demokratischer Ordnung. Vielmehr zeigt sich ein konfliktives, pfadabhängiges Transformationsgeschehen, dessen Erfolg nicht nur aus normativer Attraktivität entsteht, sondern aus politischer Durchsetzungsfähigkeit, wirtschaftlicher Prosperität, institutioneller Stabilität und glaubwürdiger internationaler Einbettung.



Einschätzungen durch Expert*innen, inwieweit Bürger*innen ihre politische Führung in freien und fairen Wahlen wählen können, bürgerliche Freiheiten genießen, Demokratie gegenüber anderen politischen Systemen bevorzugen,

politisch teilhaben können und dies tun und eine funktionierende Regierung haben, die in ihrem Interesse handelt. Der Index reicht von 0 bis 10 (am demokratischsten).

Abb. 1 Ent-Demokratisierung seit 2006; Demokratieindex, 2006 und 2024 | Bildquelle: OurWorldinData.org / democracy | CC BY; Datenquelle: Economist Intelligence Unit (2006–2024)



Relevante Problemfelder und Faktoren

Das Problemfeld „internationale Sicherheit“ ist für die Forschungsfrage bestimmend. Als mögliche Faktoren lassen sich die transatlantische politische Kohärenz, die Rolle Russlands als revisionistische Macht sowie die systemische Rivalität zwischen den USA und China identifizieren. Aus dem Problemfeld „demokratische Integrationsfähigkeit“ lassen sich die Reform- und Handlungsfähigkeit demokratischer Allianzen, die militärische Eigenständigkeit

und Autonomie sowie die Integrationsfähigkeit ableiten. Im Problemfeld „Innenpolitik“ spielen die innenpolitische Stabilität und isolationistische Tendenzen in den USA sowie der Aufstieg populistischer und anti-integrativer Kräfte in der EU eine zentrale Rolle. Darüber hinaus werden die Faktoren gesellschaftliche Legitimität sicherheitspolitischer Kosten und Wirkung hybrider Bedrohungen und Einflussnahme berücksichtigt.

Problemfeld	Faktor	Einfluss	Unsicherheit
Internationale Sicherheit	Transatlantische politische Kohärenz	9	7
	Rolle Russlands als revisionistische Macht	6	2
	Systemische Rivalität	9	8
Demokratische Integrationsfähigkeit	Reform- und Handlungsfähigkeit demokratischer Allianzen	5	3
	Militärische Eigenständigkeit	7	2
	Integrationsfähigkeit	8	8
Innenpolitik	US-innenpolitische Stabilität / Isolationismus	6	4
	Aufstieg populistischer / anti-integrativer Kräfte in der EU	8	3
	Gesellschaftliche Legitimität sicherheitspolitischer Kosten	9	8
	Wirkung hybrider Bedrohungen (Desinformation, Cyber)	7	2
Internationale Organisationen	Handlungsfähigkeit der NATO	6	3
	Einfluss der Vereinten Nationen	4	8
Wirtschaftspolitik	Wirtschaftliche Resilienz des Westens	6	4
	Technologische Souveränität (Rüstung, KI, Energie)	7	3

Tabelle 1 Problemfelder und identifizierte Faktoren. ¹ Schlüsselfaktoren in Beige

Das Problemfeld „internationale Organisationen“ konzentriert sich auf die Faktoren Handlungsfähigkeit der NATO sowie Einfluss der Vereinten Nationen, während im Problemfeld „Wirtschaftspolitik“ die Faktoren wirtschaftliche Resilienz des Westens sowie technologische Souveränität thematisiert werden. Tabelle 1 zeigt eine Übersicht relevanter Problemfelder und Faktoren sowie deren Bewertung

hinsichtlich ihres Einflusses und des Grads an Unsicherheit. Aus der Bewertung des Einflusses des jeweiligen Faktors auf das Erkenntnisinteresse und der Bestimmung des Grads der Unsicherheit lassen sich die in Tabelle 1 beige hinterlegten Schlüsselfaktoren (SF) ableiten. Tabelle 2 fasst diese Schlüsselfaktoren mit den jeweiligen positiven und negativen Ausprägungen zusammen.

SF 1	Transatlantische politische Kohärenz	Strategische Einigkeit USA–Europa (+)	Strategische Uneinigkeit USA–Europa (-)
SF 2	Demokratische Integrationsfähigkeit	Vertiefte Integration (+)	Fragmentierung und Renationalisierung (-)
SF 3	Systemische Rivalität	Eindämmung systemischer Konflikte (+)	Eskalation der Großmachtrivalität (-)
SF 4	Gesellschaftliche Legitimität demokratischer und sicherheitspolitischer Kosten	Akzeptanz (+)	Polarisierung und Legitimitätsverlust (-)

Tabelle 2 Ausprägungen der Schlüsselfaktoren (SF)

¹ Auf die Dokumentation der Bewertungen der Faktoren wird aus Platzgründen verzichtet. Die Bewertung der Schlüsselfaktoren wird unter SF 1 bis SF 4 dargelegt.



SF 1 — Transatlantische politische Kohärenz

Der Grad politischer Kohärenz zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Staaten beeinflusst maßgeblich die Ausgestaltung und Belastbarkeit der transatlantischen Kooperation und Sicherheitsarchitektur. Eine strategisch geschlossene Position in zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eröffnet weitreichende Möglichkeiten für vertiefte Integration, Prosperität, glaubwürdige Abschreckung und koordinierte Reaktionen auf externe Bedrohungen. Anhaltende Kohärenz stärkt zudem die Handlungsfähigkeit westlicher Institutionen gegenüber revisionistischen Akteuren. Dauerhafte Divergenzen infolge unterschiedlicher Bedrohungswahrnehmungen, innenpolitischer Prioritäten oder strategischer Interessen würden diese Fähigkeit hingegen deutlich einschränken. Wahlzyklen, gesellschaftliche Polarisierung und mögliche strategische Schwerpunktverlagerungen der USA können die transatlantische Geschlossenheit erheblich beeinflussen. Da die Stabilität politischer Mehrheiten und gemeinsamer strategischer Zielsetzungen nur begrenzt absehbar ist, weist dieser Faktor trotz hoher Relevanz einen hohen Grad an Unsicherheit auf.

SF 2 — Demokratische Integrationsfähigkeit

Die demokratische Integrationsfähigkeit bestimmt maßgeblich, in welchem Umfang demokratische Staaten in der Lage sind, global belastbare Kooperations- und Allianzstrukturen zu bilden. Eine hohe Integrationsfähigkeit ermöglicht es, demokratische Normen, Entscheidungsverfahren und institutionelle Standards zu harmonisieren und damit die Grundlage für vertiefte multilaterale Zusammenarbeit in Sicherheits-, Wirtschafts- und Technologiefragen zu schaffen. Sie erleichtert die Bildung stabiler demokratischer Allianzen, die über klassische Bündnisse hinausgehen und auf gemeinsamen Regeln, Verlässlichkeit und gegenseitiger Solidarität beruhen. Eine geringe Integrationsfähigkeit hingegen begünstigt fragmentierte Kooperationsformate, konkurrierende nationale Interessen und ad-hoc-Allianzen, die nur begrenzte strategische Wirkung entfalten. Unterschiedliche demokratische Reifegrade, innenpolitische Polarisierung und divergierende Bedrohungswahrnehmungen wirken dabei als hemmende Faktoren. Da die Bereitschaft demokratischer Gesellschaften und Regierungen, Souveränität zugunsten kollektiver Handlungsfähigkeit einzubringen, stark kontext- und krisenabhängig ist, weist dieser Faktor sowohl hohe strategische Relevanz als auch einen hohen Grad an Unsicherheit auf.

SF 3 — Systemische Rivalität

Die Entwicklung der globalen Sicherheitslage prägt den strategischen Handlungsspielraum demokratischer Staaten und bildet den übergeordneten Rahmen für globale demokratische Sicherheitsarchitekturen. Eine Eindämmung systemischer Konflikte und eine Begrenzung militärischer Eskalationen zwischen Großmächten würden

stabile Voraussetzungen für Kooperation, Abschreckung und institutionelle Konsolidierung schaffen. Eine Zuspitzung geopolitischer Rivalitäten, insbesondere zwischen Supermächten, erhöht hingegen das Risiko paralleler Krisen, bindet Ressourcen und schwächt die Fähigkeit zu koordiniertem Handeln. Regionale Konflikte, hybride Bedrohungen und Rüstungsdynamiken können dabei als Eskalationstreiber wirken und bestehende Ordnungsstrukturen unter Druck setzen. Da Wechselwirkungen zwischen regionalen Konflikten, Großmachtspolitik und technologischen Entwicklungen nur begrenzt vorhersehbar sind, weist die systemische Rivalität sowohl einen hohen Relevanzgrad als auch einen hohen Grad an Unsicherheit auf.

SF 4 — Gesellschaftliche Legitimität demokratischer und sicherheitspolitischer Kosten

Die gesellschaftliche Akzeptanz demokratischer und sicherheitspolitischer Kosten ist eine zentrale Voraussetzung für die langfristige Handlungsfähigkeit demokratischer Staaten. Eine breite Legitimität höherer Verteidigungsausgaben, wirtschaftlicher Belastungen oder politischer Risiken ermöglicht nachhaltige sicherheits- und verteidigungspolitische Strategien sowie verlässliche internationale Verpflichtungen. Sinkende Akzeptanz infolge sozialer Spannungen, wirtschaftlicher Krisen oder politischer Polarisierung kann hingegen den innenpolitischen Handlungsspielraum erheblich einschränken und zu Kurswechseln führen. Desinformationskampagnen und die Wahrnehmung ungleicher Lastenverteilung wirken dabei als entscheidende Einflussfaktoren. Da gesellschaftliche Stimmungsbilder volatil und stark krisenabhängig sind, ist die zukünftige Entwicklung dieses Faktors neben hoher Relevanz mit einem hohen Grad an Unsicherheit behaftet.

Konsistenzprüfung, Szenarioentwicklung und Auswahl

Auf Grundlage der ausgewählten Schlüsselfaktoren lassen sich bis zu 16 Szenarien ableiten. Tabelle 3 bietet eine Übersicht über mögliche Kombinationen von Schlüsselfaktoren und ihren Ausprägungen.

Von den 16 theoretisch möglichen Kombinationen sind 13 Szenarien konsistent und 3 als inkonsistent zu verwerfen. Die inkonsistenten Szenarien weisen unauflösbare Widersprüche zwischen strukturellen Rahmenbedingungen (SF 1 bis SF 3) und gesellschaftlicher Tragfähigkeit (SF 4) auf und eignen sich daher nicht für eine plausible narrative Ausarbeitung. So ist beispielsweise eine hohe gesellschaftliche Legitimität und positive Entwicklung der systemischen Rivalität trotz fehlender transatlantischer Kohäsion und negativer demokratischer Integrationsfähigkeit widersprüchlich (Szenario 4). Im Folgenden werden drei konsistente, hypothetische Szenarien (Szenario 1 als Best Case, Szenario 14 als wahrscheinlichstes und Szenario 16 als Worst Case) ausgeführt. Tabelle 4 schlüsselt die ausgewählten Szenarien nach Schlüsselfaktoren und Faktorausprägungen auf.



	SF 2 (+)	SF 2 (-)	SF 2 (+)	SF 2 (-)	SF 2 (+)	SF 2 (-)	SF 2 (+)	SF 2 (-)
SF 1 (+)	(1) ++++	(3) +---	(5) ++++	(7) +---	(9) +++-	(11) +-+-	(13) +---	(15) +---
SF 1 (-)	(2) -+++	(4) ----	(6) -+++	(8) ----	(10) -+-	(12) -+-	(14) -+-	(16) ----
	SF 3 (+)		SF 3 (-)		SF 3 (+)		SF 3 (-)	
	SF 4 (+)				SF 4 (-)			

Tabelle 3 Szenariomatrix mit möglichen Schlüsselfaktorkombinationen (inkonsistente Szenarien in Hellblau wurden verworfen)

	Transatlantische politische Kohärenz	Demokratische Integrationsfähigkeit	Systemische Rivalität	Gesellschaftliche Legitimität demokratischer und sicherheitspolitischer Kosten
Szenario 1 Globale demokratische Sicherheitsallianz <i>Best Case</i> (+ + + +)	Strategische Einigkeit USA-Europa	Vertiefte Integration	Eindämmung systemischer Konflikte	Akzeptanz
Szenario 14 Autonomie unter Druck <i>Probable Case</i> (- + - -)	Strategische Uneinigkeit USA-Europa	Vertiefte Integration	Eskalation der Großmachtrivalität	Polarisierung und Legitimitätsverlust
Szenario 16 Erosion Demokratischer Ordnung <i>Worst Case</i> (- - - -)	Strategische Uneinigkeit USA-Europa	Fragmentierung und Renationalisierung	Eskalation der Großmachtrivalität	Polarisierung und Legitimitätsverlust

Tabelle 4 Untersuchungsszenarien mit Schlüsselfaktoren und Ausprägungen

Szenario 1 — Best Case — Globale demokratische Sicherheitsallianz

Im Best-Case-Szenario führt anhaltender geopolitischer Druck auf die regelbasierte Ordnung zu einer tiefgreifenden politischen und institutionellen Verdichtung der transatlantischen Beziehungen. Die USA und EU entwickeln eine dauerhaft strategisch einheitliche Position in zentralen Fragen der Sicherheits-, Wirtschafts- und Ordnungspolitik. Divergierende nationale Interessen, wie sie etwa unter der Trump-Administration oder innerhalb der EU offen zutage traten, treten zunehmend hinter ein gemeinsames strategisches Leitbild zurück, das auf Wahrung gemeinsamer Werte, Rechtsstaatlichkeit, kollektiver Abschreckung, wirtschaftlicher Resilienz und technologischer Souveränität beruht. Diese politische Kohärenz wird durch eine schrittweise wirtschaftliche Integration flankiert. Die USA und die EU etablieren einen gemeinsamen Außenzoll und koordinierte Handelsregeln, wodurch ein transatlantischer Wirtschaftsraum mit hoher Abschirmung gegenüber systemischen Abhängigkeiten entsteht. Langfristig bildet sich aus diesem Kern eine währungs- und finanzpolitische Abstimmung heraus, die perspektivisch in eine gemeinsame Währungsunion demokratischer Staaten mündet. Parallel

dazu vertieft sich die globale demokratische Integrationsfähigkeit erheblich. Europäische Integrationshemmnisse werden schrittweise abgebaut, Entscheidungsprozesse gestrafft und gemeinsame Kompetenzen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgeweitet. Diese Entwicklung wird transatlantisch erweitert. Gemeinsame Planungs-, Koordinations- und Entscheidungsstrukturen entstehen, die funktional einer föderalen Sicherheits- und Wirtschaftsarchitektur entsprechen. Demokratische Staaten agieren zunehmend als integrierter Akteursverbund mit klarer strategischer Steuerungsfähigkeit.

In diesem Kontext kommt es zu einer grundlegenden Neudefinition westlicher Sicherheitsbündnisse. Die NATO wird explizit als demokratisches Sicherheitsbündnis neu ausgerichtet. Mitgliedschaft ist nicht länger nur an militärische Beiträge, sondern verbindlich an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards geknüpft. Staaten, die diese Kriterien dauerhaft nicht erfüllen, werden schrittweise aus dem Bündnis ausgeschlossen oder in nachgeordnete Kooperationsformate überführt. Diese politische Bereinigung erhöht die interne Kohärenz, reduziert strategische Ambiguitäten und stärkt die Glaubwürdigkeit kollektiver Sicherheitsgarantien.



Gleichzeitig öffnet sich die NATO für weitere konsolidierte Demokratien. Brasilien, Indien, Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland und Uruguay treten eng integrierten assoziierten Strukturen bei. Die Erweiterung erfolgt abgestuft und funktional, auf Basis gemeinsamer demokratischer Normen, militärischer Interoperabilität und politischer Verlässlichkeit. Damit entwickelt sich die NATO von einem regionalen Bündnis zu einem global vernetzten Kern demokratischer Sicherheit. Systemische Herausforderer werden durch glaubwürdige Abschreckung, institutionalisierte Krisenkommunikation und klare rote Linien eingedämmt. Die weltweite Präsenz eines kohärenten demokratischen Sicherheitsverbands reduziert Eskalationsrisiken und schränkt strategische Handlungsspielräume revisionistischer Akteure erheblich ein. Diese außen- und sicherheitspolitische Konsolidierung wird von einer breiten gesellschaftlichen Legitimität getragen. In den beteiligten Demokratien besteht hohe Akzeptanz für steigende Verteidigungsausgaben, wirtschaftliche Anpassungen und den teilweisen Verzicht auf nationale Autonomie, da diese Kosten als notwendige Investition in langfristige Sicherheit, Stabilität und politische Selbstbestimmung wahrgenommen werden.

Im Ergebnis entsteht eine Ordnung, die funktional den Vereinigten Staaten von Europa und Nordamerika entspricht, ergänzt durch ein globales Netzwerk demokratischer Partner. Transatlantische Einigkeit, vertiefte demokratische Integration, eine eingedämmte systemische Rivalität und gesellschaftliche Akzeptanz greifen ineinander und ermöglichen es den demokratischen Staaten, die internationale Ordnung aktiv, kohärent und dauerhaft zu gestalten. Diese strukturelle Stabilität und normative Klarheit begünstigen zugleich eine Renaissance der globalen Demokratisierung im Sinne einer vierten Demokratisierungswelle, in der sich weitere Staaten an demokratischen Regierungsformen, rechtsstaatlichen Institutionen und kooperativen Sicherheitsarrangements orientieren.

Für Deutschland ergeben sich daraus weitreichende Implikationen. Deutschland agiert nicht mehr primär als nationaler Akteur, sondern als integraler Bestandteil eines föderalisierten transatlantischen Entscheidungsraums. Außen- und sicherheitspolitische Souveränität werden bewusst geteilt, was nationale Handlungsspielräume einschränkt, zugleich aber die strategische Wirksamkeit erheblich erhöht. Verteidigungsausgaben und Beiträge zu kollektiven Fähigkeiten steigen dauerhaft, werden jedoch durch planbare Lastenteilung abgedeckt. Wirtschaftlich profitiert Deutschland von stabilen Lieferketten, technologischem Schutz und einem erweiterten demokratischen Binnenraum. Politisch verschiebt sich der Fokus von nationaler Konsensfindung hin zur Legitimation supranationaler Entscheidungen. Die zentrale Herausforderung besteht darin, demokratische Kontrolle und Transparenz in einer stark verdichteten Ordnung aufrechtzuerhalten, ohne die gesellschaftliche Akzeptanz zu gefährden.

Szenario 14 — Probable Case — Autonomie unter Druck

Im wahrscheinlichen Szenario ist die transatlantische politische Kohärenz dauerhaft geschwächt. Die USA und EU verfolgen keine konsistente gemeinsame Strategie mehr. Sicherheits-, wirtschafts- und ordnungspolitische Prioritäten divergieren und das transatlantische Bündnis verliert seinen Charakter als zentrale Steuerungsachse der demokratischen Welt. Diese Entwicklung schwächt auch die NATO. Gleichzeitig bleibt die globale demokratische Integrationsfähigkeit hoch ausgeprägt. Insbesondere innerhalb Europas, aber auch mit ausgewählten gleichgesinnten Demokratien wie Brasilien und Indien, kommt es zu einer Vertiefung institutioneller Kooperation. Getrieben durch den Verlust transatlantischer Verlässlichkeit entwickeln demokratische Staaten globale Integrationsformate, harmonisieren Standards und bündeln Fähigkeiten, um strategische Autonomie zu gewinnen.

Die Eskalation systemischer Rivalität prägt das internationale System, regionale Konflikte nehmen zu und binden Ressourcen. In dieser Konstellation geraten liberale Demokratien zunehmend unter Druck, da sie sich in der sich verfestigenden strategischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bipolarität zwischen den USA und China behaupten müssen und gezwungen sind, Integrations- und Autonomiestrategien als Schutzmechanismus zu entwickeln. Die Wahrnehmung wachsender Bedrohungen erhöht zugleich die Bereitschaft politischer Eliten, Souveränität zu teilen und kollektive Handlungsfähigkeit auszubauen. In diesem Zuge werden institutionelle Reformvorhaben vorangetrieben, die eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen bis hin zur qualifizierten Mehrheit in zentralen außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Politikfeldern vorsehen, während zugleich die vertiefte Kooperation mit anderen demokratischen Staaten wie Japan und Südkorea in sicherheits-, technologie- und industriepolitischen Fragen systematisch ausgebaut wird. Diese Entwicklung vollzieht sich jedoch weitgehend top-down. Gesellschaftlich ist die Ordnung nur begrenzt legitimiert. Steigende sicherheitspolitische Kosten, wirtschaftliche Anpassungen und der Eindruck politischer Entkopplung führen zu Polarisierung und Legitimitätsverlust.

Für Deutschland bedeutet dieses Szenario permanente Ambivalenz. Deutschland profitiert von der Fähigkeit demokratischer Staaten, auch ohne transatlantische Führung integrations- und kooperationsfähig zu bleiben. Europäische und demokratische Autonomiestrukturen bieten Schutz vor sicherheitspolitischer Marginalisierung und ermöglichen es, kollektive Interessen gegenüber revisionistischen Akteuren zu vertreten. Berlin ist aber gezwungen, mehr sicherheits- und verteidigungspolitische Verantwortung zu übernehmen, ohne sich auf eine verlässliche transatlantische Führungsstruktur stützen zu können.



Europäische und globale demokratische Integration schreiten voran, werden jedoch zunehmend als Elitenprojekt wahrgenommen. Deutschland muss zwischen innenpolitischer Polarisierung und externem Handlungsdruck vermitteln. Verteidigungsausgaben steigen, während gesellschaftliche Unterstützung volatil bleibt. Außenpolitisch agiert Deutschland häufiger in ad-hoc-Koalitionen demokratischer Staaten, was Flexibilität erhöht, aber strategische Planung erschwert. Gleichzeitig wächst der Druck auf nationale politische Systeme erheblich. Innenpolitisch verschiebt sich der Schwerpunkt von Konsens- zu Krisenpolitik. Regierungen agieren stärker exekutiv, um handlungsfähig zu bleiben, was das Risiko demokratischer Erosion erhöht. Für Deutschland wird strategische Kommunikation zur Schlüsselressource. Ohne überzeugende Narrative, die supranationale Integration und sicherheitspolitische Kosten als notwendig und gerecht darstellen, droht eine weitere Entfremdung zwischen politischen Eliten und Bevölkerung. Die zentrale Herausforderung liegt darin, sicherheitspolitische Notwendigkeiten innenpolitisch zu legitimieren, um einen schleichenden Vertrauensverlust in demokratische Institutionen zu verhindern. Sollte es der EU und ausgewählten demokratischen Partnerstaaten nicht gelingen, ihre angestrebte strategische Autonomie zeitnah zu materialisieren, bleibt dieses Szenario lediglich ein instabiler Übergangszustand und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es mittelfristig in eine weitere Erosion und letztlich in das Ende demokratischer Ordnungsstrukturen übergeht.

Szenario 16 — Worst Case — Erosion demokratischer Ordnung

Im Worst-Case-Szenario ist die transatlantische politische Kohärenz weitgehend aufgehoben. Die USA und EU verfolgen divergent ausgerichtete sicherheits-, wirtschafts- und ordnungspolitische Strategien, während verbindliche Sicherheitszusagen an Glaubwürdigkeit verlieren und die transatlantische Partnerschaft sich auf selektive, kurzfristige Zweckkooperation reduziert. Strategische Uneinigkeit führt zu widersprüchlichen Signalen gegenüber externen Akteuren, paralyisiert die NATO oder führt gar zu deren Auflösung und schwächt die Abschreckungsfähigkeit demokratischer Staaten insgesamt. Parallel dazu zerfällt die globale demokratische Integrationsfähigkeit. Innerhalb der EU setzen sich Renationalisierungstendenzen durch, gemeinsame Entscheidungsmechanismen werden blockiert oder ausgehöhlt. Globale demokratische Kooperationsformate verlieren an Verbindlichkeit, während institutionelle Fragmentierung und Konkurrenz zwischen Staaten zunehmen. Die EU bleibt formal bestehen, verliert jedoch ihre strategische Handlungsfähigkeit und ihre Rolle als ordnungspolitischer Akteur und Vorbild. Die Eskalation der systemischen Rivalität trifft auf eine fragmentierte, führungslose demokratische Welt. Regionale Konflikte häufen sich, Eskalationsrisiken steigen, und bestehende Krisenmechanismen greifen nur unzureichend. Autoritäre und revisionistische

Akteure nutzen die strategische Schwäche demokratischer Staaten gezielt aus, um Einflusszonen auszubauen und die regelbasierte Ordnung weiter zu unterminieren. Internationale Institutionen verlieren an Relevanz, Machtpolitik ersetzt zunehmend regelgebundene Kooperation. Gesellschaftlich geht diese Entwicklung mit einem ausgeprägten Legitimitätsverlust einher. Steigende sicherheits- und wirtschaftspolitische Kosten, soziale Verwerfungen und wahrgenommene politische Handlungsunfähigkeit führen zu Polarisierung und Vertrauensverlust in demokratische Institutionen. Externe Desinformation und hybride Einflussnahme auf pluralistische Entscheidungsprozesse unterminieren demokratische Strukturen nachhaltig. Demokratien verlieren dadurch ihre innenpolitische Durchhaltefähigkeit, während politische Entscheidungsprozesse zunehmend blockiert oder delegitimiert werden. In diesem Umfeld gewinnen anti-demokratische Parteien an Popularität und autoritäre Narrative, nationale Abschottung und einfache Lösungsversprechen an Attraktivität. Dadurch sinkt die Anzahl von Demokratien weltweit.

Für Deutschland hat dies tiefgreifende und strukturelle Konsequenzen. Der Zerfall der transatlantischen Partnerschaft und die funktionale Handlungsunfähigkeit der NATO und EU entziehen dem deutschen Sicherheits-, Wohlstands- und Politikmodell seine zentralen Stützpfeiler. Deutschland verliert die strategische Einbettung, die es bislang erlaubte, nationale Schwächen durch Bündnisse, Institutionen und kollektive Abschreckung zu kompensieren. Sicherheitspolitisch stünde Deutschland vor der Notwendigkeit, kurzfristig deutlich mehr nationale Fähigkeiten aufzubauen, ohne über die industriellen, finanziellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für strategische Autonomie zu verfügen. Außen- und sicherheitspolitisch würde Deutschland vom gestaltenden Akteur zum reaktiven Objekt internationaler Machtpolitik. Ohne verlässliche Bündnispartner und mit eingeschränkter Abschreckungsfähigkeit steigt die Verwundbarkeit gegenüber militärischem Druck, hybriden Angriffen und politischer Erpressung. Gleichzeitig sinkt der außenpolitische Einfluss, da Deutschland weder als Teil einer kohärenten EU noch als verlässlicher transatlantischer Partner auftreten kann. Ad-hoc-Kooperationen ersetzen dauerhafte Allianzen, bleiben jedoch fragmentiert und strategisch begrenzt. Die wirtschaftlichen Implikationen sind gravierend. Als exportorientierte Volkswirtschaft ist Deutschland in hohem Maße auf offene Märkte, stabile Handelsregeln und verlässliche Lieferketten angewiesen. Der Zerfall der EU und der regelbasierten Ordnung führt zu Handelskonflikten, Protektionismus und geopolitisch motivierten Marktabschottungen. Investitionen gehen zurück, Schlüsselindustrien geraten unter Druck, und wirtschaftliche Abhängigkeiten werden zu sicherheitspolitischen Risiken. Die Fähigkeit des Staates, Wohlstand zu sichern und soziale Ausgleichsmechanismen aufrechtzuerhalten, nimmt deutlich ab. Innenpolitisch verschärft sich dadurch der Legitimitätsverlust demokratischer Institutionen.



Steigende Kosten für Sicherheit, Energie und wirtschaftliche Resilienz treffen auf sinkende staatliche Handlungsfähigkeit. Politische Entscheidungsprozesse werden zunehmend als ineffektiv oder fremdbestimmt wahrgenommen. Polarisierung nimmt zu, während populistische und autoritäre Akteure an Einfluss gewinnen, indem sie nationale Abschottung und starke Führung propagieren. Die demokratische Gesellschaft gerät damit nicht durch einen abrupten Umsturz, sondern durch schleichende Aushöhlung unter Druck. Im Ergebnis entsteht eine internationale Ordnung, die von Fragmentierung, systemischer Rivalität und Instabilität geprägt ist. Demokratische Staaten agieren überwiegend reaktiv, sind sicherheitspolitisch verwundbar und wirtschaftlich erpressbar. Die Erosion transatlantischer Strukturen, der NATO und der EU markiert dabei keinen abrupten Systembruch, sondern einen schleichenden Zerfallsprozess, an dessen Ende demokratische Ordnungen ihre Fähigkeit verlieren, Sicherheit, Wohlstand und politische Teilhabe zuverlässig zu gewährleisten. Am Ende steht das strukturelle Scheitern demokratischer Ordnung unter Bedingungen anhaltender strategischer Überforderung.

Handlungsempfehlungen für Deutschland

Die Handlungsempfehlungen zielen darauf ab, die negativen Wechselwirkungen zwischen transatlantischer Erosion, Integrationsschwäche, sicherheitspolitischer Eskalation und gesellschaftlichem Legitimitätsverlust zu durchbrechen. Insbesondere im wahrscheinlichen und im Worst-Case-Szenario kommt es für Deutschland darauf an, aktiv zu agieren, um ein weiteres Abrutschen in eine strukturelle Erosion demokratischer Ordnung zu verhindern.

Positive Beeinflussung der transatlantischen politischen Kohärenz

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, transatlantische Kohärenz als robustes Mindestniveau dauerhafter Kooperationsfähigkeit zu sichern und Erosionsdynamiken auch bei politischer Divergenz zu begrenzen.

- Deutsche sicherheitspolitische Beiträge sichtbar an konkrete US-Zusagen koppeln, um Verlässlichkeit von Sicherheitsgarantien zu stabilisieren
- Initiation von TTIP 2.0 mit Fokus auf gemeinsame Standards, Schlüsselindustrien, resiliente Lieferketten, Technologie- und Industrieschutz sowie Zollabbau
- Parlamentarische und gesellschaftliche Dialogformate mit den USA systematisch ausbauen
- Klare transatlantische Arbeitsteilung (Afrika, Europa, Indo-Pazifik) zur Reduktion strategischer Reibungen aushandeln

- Wissenschafts-, Zivilgesellschafts- und Industriekooperationen verstetigen, um Kohärenz jenseits politischer Zyklen zu sichern

Positive Beeinflussung der demokratischen Integrationsfähigkeit

Ziel dieser Maßnahmen ist die Sicherung kollektiver Handlungsfähigkeit durch institutionelle Reformen, funktionale Vertiefung und Einbindung gleichgesinnter Demokratien.

- Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in klar definierten EU-Kernbereichen (Außen-, Sicherheits-, Industriepolitik) ausweiten
- Modulare Integration in Kerngruppen priorisieren statt formaler Einheit
- Europäische Rüstungskooperation konsolidieren, inklusive Systemführerschaften
- Europäische Streitkräfte aus EU-Battlegroups parallel zu NATO-Reaktionskräften aufstellen
- Ständige Europäische Flottenverbände aufstellen
- Ausbau und Vertiefung globaler NATO-Partnerschaften mit gleichgesinnten Demokratien (Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Uruguay, Brasilien und Indien)
- Interoperabilität der Bundeswehr mit demokratischen Partnern im Indo-Pazifik und Asien vertiefen
- Mitgliedschaft nicht-demokratischer Staaten in EU und NATO schrittweise aussetzen

Positive Beeinflussung der systemischen Rivalität

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, Eskalationsrisiken zu reduzieren, Erpressbarkeit zu senken und Fehl kalkulationen zu verhindern, wodurch die Dynamik systemischer Rivalität eingedämmt und die Wahrscheinlichkeit einer unkontrollierten Konfrontation reduziert wird.

- Kritische Abhängigkeiten (Halbleiter, Batterien, seltene Erden, Pharma) systematisch reduzieren
- EU-Kohärenz in China- und Indo-Pazifik-Politik stärken, um widersprüchliche Signale zu vermeiden
- EU-/DEU-geführte Seewegssicherungsoperationen im Indo-Pazifik etablieren



- Klare rote Linien (Taiwan-Status quo, Cyberangriffe, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen) definieren
- Militärische Konfliktvermeidungsformate mit China zur Risikoreduktion etablieren
- Investitionsscreening, Anti-Coercion und Exportkontrollen konsequent anwenden

Positive Beeinflussung der gesellschaftlichen Legitimität

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, gesellschaftliche Legitimität als zentrale Voraussetzung sicherheits- und integrationspolitischer Handlungsfähigkeit zu stabilisieren. Durch soziale Abfederung, transparente Zielkommunikation und glaubwürdige Beteiligung können Polarisierung begrenzt und die demokratische Durchhaltefähigkeit auch unter erhöhtem externem Druck gesichert werden.

- Sicherheits- und Resilienzausgaben sozial flankieren (Energie, Infrastruktur, Arbeitsmarkt).

Gezielte Ausgleichsmechanismen für besonders belastete Regionen und Gruppen etablieren

- Stärkung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Kapazitäten zur Erkennung, Aufklärung und Abwehr von Desinformations- und Einflusskampagnen, ohne Meinungsfreiheit zu untergraben
- Klare, konsistente Kommunikation über Ziele, Zeiträume, Kosten und Grenzen deutscher Sicherheitspolitik, um unrealistische Erwartungen zu vermeiden und Polarisierung zu reduzieren
- Investitionen in politische Bildung, um Manipulation, Desinformation und Polarisierung entgegenzuwirken und kritische Urteilsfähigkeit sowie gesellschaftliche Resilienz gegenüber hybriden Einflussoperationen langfristig zu stärken
- Durch zeitnahe Umsetzung beschlossener Maßnahmen Vertrauen in staatliche Problemlösungsfähigkeit stärken

IMPRESSUM

Herausgeber

Metis Institut
für Strategie und Vorausschau
Universität der Bundeswehr München
Web: metis.unibw.de
Bluesky: [@metis.unibw.de](https://bsky.app/profile/@metis.unibw.de)

Autor

Dr. Konstantinos Tsetos
metis@unibw.de

Creative Director

Christoph Ph. Nick, M.A.
Zum Staunen* | zum-staunen.de

Lektorat, Layout, Design

Zum Staunen* — WissKomm Kreativstudio

Bildnachweis

Titel:
Parthenon, Athen, Griechenland | Photo von Hans Reniers
auf Unsplash

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer [Creative Commons Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) vom Typ
Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0
International zugänglich.

